

 MEDIEN UND POLITIK

Trump verklagt BBC: Warum die Klage auch ARD und ZDF unter Druck setzt

US-Präsident Donald Trump verklagt BBC auf fünf Milliarden Dollar. Die Klage wird Signalwirkung für ARD und ZDF haben. Denn auch deutsche Sender geraten wegen Ideologisierung zunehmend unter Druck.



Harald Neuber

15.11.2025

🔄 16.11.2025, 10:20 Uhr



US-Präsident Donald Trump spricht mit Reportern an Bord der Air Force One
Mark Schiefelbein/AP

Donald Trump will die BBC verklagen – auf bis zu fünf Milliarden Dollar. Was auf den ersten Blick wie eine weitere trumpsche Übertreibung wirkt, markiert tatsächlich einen historischen Wendepunkt für Europas öffentlich-rechtliche Medien. Die BBC musste sich bereits für eine manipulative Bearbeitung von Trumps Rede vom 6. Januar 2021 entschuldigen.

Zwei Redepassagen, die fast eine Stunde auseinanderlagen, wurden so zusammengeschnitten, dass der falsche Eindruck entstand, Trump habe direkt zu Gewalt aufgerufen. Die Konsequenzen waren drastisch: BBC-Generaldirektor Tim Davie und Nachrichtenchefin Deborah Turness traten zurück. BBC-Vorsitzender Samir Shah musste einen persönlichen Entschuldigungsbrief an das Weiße Haus schicken.

Die britische Kulturministerin Lisa Nandy verteidigte zwar die BBC als „vertrauenswürdigste Nachrichtenquelle“, doch die Realität spricht eine andere Sprache. Britische Gebührenzahler

drohen bereits mit Boykott: „Wenn wir auch nur einen Penny an Trump zahlen müssen, werde ich meine TV-Lizenz nicht mehr bezahlen“, erklärte ein Anrufer in einer BBC-Radiosendung.

Doch die eigentliche Brisanz liegt woanders: Diese Klage wird Signalwirkung haben – besonders für deutsche Sender wie ARD und ZDF, die sich in einer ähnlichen Spirale der Ideologisierung befinden.

Der Fall Mario Sixtus: Symptom einer tieferen Krise

Fast zeitgleich zur BBC-Affäre verlor der freie ZDF-Mitarbeiter Mario Sixtus sein US-Visum. Sein Vergehen? Nach der Ermordung des konservativen Aktivisten Charlie Kirk – erschossen vor den Augen seiner Familie – postete Sixtus auf Bluesky: „Wenn Faschisten sterben, jammern Demokraten nicht.“



ZDF-Mitarbeiter nach Kirk-Posting: Visum wohl weg, Ausweisung nicht bestätigt

Berlin 15.10.2025



✚ Mario Sixtus und das ZDF: Rundfunkgebühren trotz Billigung von Terrorismus?

17.10.2025



Das ZDF distanzierte sich nur halbherzig. Sixtus sei „kein Mitarbeiter des ZDF“, seine Äußerungen stünden „nicht in Zusammenhang mit dem ZDF“, hieß es auf Anfrage der Berliner Zeitung lapidar. Er arbeite lediglich für „Auftragsproduktionen“. Die Berliner Zeitung kündigte an, genau zu beobachten, ob Gebührengelder weiterhin an jemanden fließen, der politische Morde relativiert.

Der Fall erinnert fatal an Julia Ruhs, die wegen weitaus weniger extremer Äußerungen ihre Zusammenarbeit mit öffentlich-rechtlichen Sendern beenden musste. Die Doppelmoral ist offensichtlich: Während konservative oder auch nur moderate Stimmen bei kleinsten Verfehlungen gecancelt werden, dürfen linke Aktivisten offenbar den Tod politischer Gegner feiern.

Die Skandalchronik des deutschen ÖRR

Das Framing-Manual: Manipulation als Strategie

2019 wurde bekannt, dass die ARD 120.000 Euro Gebührengelder für ein „Framing-Manual“ der Sprachwissenschaftlerin Elisabeth Wehling ausgegeben hatte. Dieses interne Schulungspapier sollte ARD-Mitarbeitern beibringen, wie sie die Kommunikation über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk „verbessern“ können.

In Wahrheit war es eine Anleitung zur manipulativen Sprachsteuerung. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk sollte als „gemeinsamer, freier Rundfunk“ bezeichnet werden, Kritiker als Feinde der Demokratie geframt werden.

Die „Umweltsau“-Affäre: Wenn Kinder instrumentalisiert werden

Ende 2019 ließ der WDR einen Kinderchor das Lied „Meine Oma ist 'ne alte Umweltsau“ singen. Die Satire sollte angeblich humorvoll auf den Generationenkonflikt in der Klimadebatte hinweisen. Tatsächlich instrumentalisierte der Sender Kinder für eine ideologische Botschaft. Nach massiven Protesten und sogar Morddrohungen gegen Mitarbeiter löschte der WDR das Video. Intendant Tom Buhrow entschuldigte sich öffentlich und sprach von einem „Fehler“.

Der „politische Filter“ im NDR

2022 erschütterten Vorwürfe den NDR-Landesfunkhaus Kiel. Mitarbeiter berichteten von einem „Klima der Angst“ und einem „politischen Filter“ bei der Berichterstattung. Eine interne Untersuchung fand zwar keine Belege für systematische politische Einflussnahme, konstatierte aber ein „gestörtes Redaktionsklima“ und massive Führungsprobleme. Mitarbeiter hatten in einem Brandbrief von Selbstzensur und vorauseilendem Gehorsam berichtet.

Die RBB-Affäre: Vetternwirtschaft mit Gebührengeldern

Der Skandal um die ehemalige RBB-Intendantin Patricia Schlesinger 2022 offenbarte ein System von Vetternwirtschaft und Verschwendung. Luxuriöse Dienstwagenausstattung, fragwürdige Beraterverträge, opulente Abendessen auf Kosten der Gebührenzahler – die Liste der Verfehlungen war lang. Besonders pikant: Die öffentlich-rechtlichen Sender berichteten erst über die Affäre, als der Druck von außen zu groß wurde. Die Selbstkontrolle hatte völlig versagt.

Böhmermanns Grenzüberschreitungen

Jan Böhmermann, Aushängeschild des ZDF, sorgt regelmäßig für Kontroversen. Ende 2024 untersagte das Landgericht München I dem ZDF, bestimmte Aussagen Böhmermanns über den ehemaligen BSI-Chef Arne Schönbohm zu verbreiten. Das Gericht bewertete die Aussagen als teilweise unwahr. Böhmermann hatte Schönbohm Verbindungen zu

russischen Geheimdienstkreisen unterstellt – eine Behauptung, die sich als haltlos erwies.

In einem anderen Fall wurde Böhmermann vorgeworfen, einen rechten YouTuber „gedoxxt“, also dessen Identität gegen seinen Willen öffentlich gemacht zu haben. Kritiker sprachen von „Stasi-Methoden“, Befürworter verteidigten es als investigativen Journalismus. Die Grenze zwischen Satire, Journalismus und Aktivismus schwimmt bei Böhmermann – systematisch und gebührenfinanziert.

Die Wahlberichterstattung: Gerichte müssen eingreifen

Die Unausgewogenheit in der politischen Berichterstattung ist mittlerweile so eklatant, dass regelmäßig Gerichte eingreifen müssen. 2024 zwang das Oberverwaltungsgericht Münster den WDR, den BSW-Kandidaten Fabio De Masi, den die Berliner Zeitung an diesem Wochenende ausführlich interviewt, zur „Wahlarena Europa“ einzuladen. Das Gericht stellte fest, dass der Sender das Gebot der abgestuften Chancengleichheit verletzt hatte.

2016 drohten SPD- und Grünen-Politiker mit dem Boykott von SWR-Sendungen, falls die AfD teilnehmen dürfe. Der Sender knickte teilweise ein und änderte Formate. Die politische Einflussnahme war offensichtlich, die Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks eine Farce.

Politisierung versus Ideologisierung: der Unterschied

Hier müssen wir präzise unterscheiden, denn diese Differenzierung ist fundamental für das Verständnis der aktuellen Krise:

Politische Medien erfüllen einen demokratischen Auftrag. Sie berichten über politische Sachverhalte, ordnen ein, kommentieren pointiert – aber stets auf Basis journalistischer Prinzipien und Qualitätsstandards. Sie wahren Distanz zu allen politischen Akteuren, prüfen Fakten penibel, lassen verschiedene Stimmen zu Wort kommen. Sie können durchaus eine Haltung haben, machen diese aber transparent und trennen klar zwischen Nachricht und Meinung.

Ideologisierte Medien hingegen verlassen diese professionelle Basis vollständig. Sie stellen eine Mission über die journalistische Sorgfaltspflicht. Sie schneiden Reden manipulativ zusammen, um eine vorgefasste Meinung zu bestätigen. Sie feiern den Tod politischer Gegner. Sie diffamieren Andersdenkende systematisch. Sie verwandeln sich von Beobachtern zu Aktivisten, von Vermittlern zu Kämpfern in einem selbst definierten Kulturkampf.

Die strukturelle Dimension: Staatsferne als Illusion

Das Bundesverfassungsgericht musste 2014 in einem Grundsatzurteil eingreifen, um die

Staatsferne des ZDF zu stärken. Anlass war der Fall des Chefredakteurs Nikolaus Brender, dessen Vertrag 2009 auf Druck der Politik nicht verlängert wurde. Das Gericht begrenzte den Anteil staatsnaher Mitglieder in ZDF-Gremien auf ein Drittel.

Doch die Realität zeigt: Die politische Einflussnahme hat sich nur verlagert. Statt direkter parteipolitischer Intervention erleben wir nun eine ideologische Gleichschaltung durch die Hintertür. Redakteure, die nicht der vorherrschenden Meinung entsprechen, werden gemobbt oder kaltgestellt. Das System der „Freien Mitarbeiter“ – wie im Fall Sixtus – schafft zusätzliche Intransparenz und Verantwortungslosigkeit.

Die Gebührenfrage: Zwangsfinanzierung der Ideologie

Die deutschen Haushalte zahlen jährlich über acht Milliarden Euro Rundfunkgebühren. 2021 wurde die Erhöhung des Rundfunkbeitrags nur durch das Bundesverfassungsgericht durchgesetzt, nachdem Sachsen-Anhalt sich geweigert hatte zuzustimmen. Die Akzeptanz schwindet rapide: Laut Umfragen zweifelt eine Mehrheit der Deutschen an der Ausgewogenheit der Berichterstattung.

Besonders problematisch: Die Gebührenzahler finanzieren zwangsweise eine ideologische Agenda, die sie mehrheitlich nicht teilen. Wenn das ZDF weiterhin mit Leuten wie Mario Sixtus zusammenarbeitet, die politische Morde relativieren, oder wenn die ARD Hunderttausende für Framing-Manuale ausgibt, dann missbrauchen sie das Vertrauen und das Geld der Bürger.

Die internationale Perspektive: Europa im Visier

Die Trump-Administration macht keinen Unterschied zwischen BBC, ZDF, ARD oder anderen europäischen öffentlich-rechtlichen Sendern. Wer sich als ideologischer Akteur geriert, wird als solcher behandelt. Die Visa-Stornierung für Sixtus ist nur der Anfang.

Amerikanische Konservative beobachten die europäischen Medien genau. Sie dokumentieren jeden Fall von Manipulation, jede einseitige Berichterstattung, jeden ideologischen Ausrutscher. Webseiten wie „Breitbart“ oder „The Daily Wire“ haben eigene Europa-Korrespondenten, die sich auf die Demaskierung der „liberal bias“ spezialisiert haben.

Die unbequeme Wahrheit: Trump als unfreiwilliger Reformator

Es ist bitter ironisch: Ausgerechnet Donald Trump, der, gelinde gesagt, ein problematisches Verhältnis zur freien Presse hat, legt nun schonungslos offen, was viele Gebührenzahler längst spüren – die schleichende Ideologisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Er tut dies nicht aus Überzeugung für journalistische Standards, sondern aus Machtkalkül.

Doch das Ergebnis könnte heilsam sein.

Die öffentlich-rechtlichen Sender in Deutschland und Europa stehen vor einer historischen Grundsatzentscheidung: Wollen sie kritischen Journalismus betreiben – auch gegenüber Trump, auch gegenüber unbequemen Positionen? Oder wollen sie den Weg der ideologischen Mission weitergehen, sich als Erziehungsanstalt für unmündige Bürger verstehen?

Dieser Artikel wurde auf berliner-zeitung.de veröffentlicht.